



**Stadt
Luzern**

Stadtrat

Bericht und Antrag

an den Grossen Stadtrat von Luzern
vom 10. Mai 2017 (StB 273)

B+A 15/2017

Abschreibung von Motionen und Postulaten

**Vom Grossen Stadtrat mit
Änderungen beschlossen am
29. Juni 2017**

**(Definitiver Beschluss des Grossen
Stadtrates am Schluss dieses Dokuments)**

| Inhaltsverzeichnis | Seite |
|---|--------------|
| I. Abzuschreibende Motionen und Postulate | 3 |
| II. Verlängerung der Erledigungsfrist | 10 |
| 1. Verlängerung um ein weiteres, zweites Jahr | 10 |
| 2. Verlängerung um ein weiteres, drittes Jahr | 12 |
| 3. Verlängerung um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr | 13 |
| III. Antrag | 16 |
| Anhang 1 | 19 |
| Anhang 2 | 21 |
| Anhang 3 | 22 |
| Anhang 4 | 23 |

Anhang 1

In Anhang 1 sind diejenigen Vorstösse aufgeführt, für welche der Stadtrat gemäss Art. 55i Abs. 2 lit. a des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates der Geschäftsprüfungskommission einen begründeten Antrag stellt, die Erledigungsfrist um ein Jahr zu verlängern.

Anhang 2

Anhang 2 enthält der Übersicht halber diejenigen Vorstösse, die mit einem anderen vom Stadtrat verabschiedeten Bericht und Antrag speziell behandelt werden.

Anhang 3

Anhang 3 enthält diejenigen Motionen und Postulate, bei welchen die Frist nicht verlängert wurde.

Anhang 4

Anhang 4 enthält diejenigen Motionen und Postulate, für die noch kein Abschreibungsantrag gestellt werden kann bzw. muss.

Der Stadtrat von Luzern an den Grossen Stadtrat von Luzern

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

I. Abzuschreibende Motionen und Postulate

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen unter Hinweis auf Art. 55i Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern eine Aufstellung überwiesener Motionen und Postulate, für die er Ihnen Abschreibung beantragt:

1. Postulat 48 (2004/2009), Markus Mächler und Rolf Hilber namens der CVP-Fraktion vom 4. April 2005 (überwiesen am 3. November 2005):

Für eine Begegnungszone im Löwengraben-West

Die Forderung wurde im Rahmen der Debatte zum B+A 32/2014 „Neugestaltung Grendel-Löwengraben“ bestätigt. Das im Auftrag der Stadt Luzern erarbeitete Gutachten hält fest, dass die Voraussetzungen zur Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit erfüllt sind und die Einführung einer Begegnungszone in diesem Raum nötig, zweck- und verhältnismässig sei. Die Verkehrsanordnung wurde vom Stadtrat mit StB 324 vom 15. Juni 2016 erlassen und anschliessend im Kantonsblatt publiziert. Die eingegangenen Beschwerden konnten bereinigt werden, sodass einer Umsetzung nach der Neugestaltung Grendel bis Löwengraben voraussichtlich 2019 nichts mehr im Wege steht.

2. Postulat 99 (2010/2012), Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion vom 18. August 2010 (überwiesen am 24. März 2011):

Flankierende Massnahmen zum Rontalzubringer zügig umsetzen: Beschleunigung des Busverkehrs zwischen Ebikon und Luzern

Das Konzept Busbeschleunigung Rontal, das durch den Kanton 2006 erarbeitet wurde, ist inzwischen umgesetzt. Das durchgeführte Monitoring zeigt, dass die Verlustzeit der Busse reduziert werden konnte.

3. Postulat 318 (2010/2012), Dominik Durrer und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion vom 4. April 2012 (teilweise überwiesen am 25. Oktober 2012):

Nach dem Fusions-Nein: Klare strategische Führung durch Neuorganisation der städtischen Direktionen

Der Stadtrat hat mit B+A 29/2016 „Reorganisation der Stadtverwaltung“ eine Überprüfung vorgenommen. Der Grosse Stadtrat hat an seiner Sitzung vom 16. Februar 2017 den B+A beschlossen. Die verbundene Überprüfung hat somit stattgefunden.

4. Postulat 13 (2012/2016), Laura Kopp und Myriam Barsuglia namens der GLP-Fraktion vom 30. Oktober 2012 (teilweise überwiesen am 6. Juni 2013):
„Community Gardening“ für eine sichere Stadt mit hoher Lebensqualität

Die städtischen Akteure sind sensibilisiert auf das Thema und stehen dem „Community Gardening“ grundsätzlich positiv gegenüber. Derzeit gibt es mehrere Projekte wie beispielsweise im Bruchmattobel, beim BZ Eichhof, beim Abendweg, an der Militärstrasse und beim ehemaligen Schulgarten, welche den Charakter von „Community Gardening“ aufweisen. Die Erfahrungen aus diesen Beispielen fliessen in das Projekt „Stadtraum Luzern – Strategien für die Nutzung und Gestaltung des öffentlichen Raumes“ ein und werden darin auch im weiteren Projektverlauf berücksichtigt.

In der Praxis hat sich folgende Vorgehensweise etabliert:

- Ausgangspunkt ist die Initiative Privater, welche ein entsprechendes Bedürfnis oder Projekt haben.
- Diese gelangen an die Stadtgärtnerei.
- Die Stadtgärtnerei unterstützt nach Möglichkeit deren Bedürfnis.

Dieser Prozess wird inzwischen erfolgreich gelebt und gewährleistet eine zielführende Umsetzung von „Community Gardening“-Projekten in der Stadt Luzern.

5. Motion 115 (2012/2016), Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion vom 2. September 2013 (als Postulat überwiesen am 5. Juni 2014):
Alternativen zur Busanhaltestelle Schwanenplatz

Mögliche Alternativen wurden im Rahmen des Konzeptes Carparkierung untersucht. Aufgrund der Entscheidung des Stadtparlaments zum Parkhaus Musegg behält der Schwanenplatz vorderhand seine grosse Bedeutung für den Cartourismus. Mit der Umsetzung diverser Massnahmen konnten die Verkehrssicherheit erhöht und die negativen Auswirkungen auf andere Verkehrsteilnehmer reduziert werden.

6. Postulat 125 (2012/2016), Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion und Jules Gut namens der GLP-Fraktion vom 21. Oktober 2013 (überwiesen am 17. April 2014):
Mehr Transparenz bei der Energieeffizienz im Wohnungsmarkt

Im Rahmen des institutionalisierten Austausches der Stadt mit dem G-Net wurde die Forderung besprochen. Das G-Net lehnt es klar ab, dass eine bestimmte, kostenintensive Massnahme zur Erfassung des IST-Zustandes wie der GEAK den gemeinnützigen Wohnbauträgern für alle Gebäude aufoktroziert werden soll. Mit dem Bericht und Antrag 7/2017 „Abgabe von städtischen Grundstücken an gemeinnützige Wohnbauträger“ werden die Abgabemodalitäten der städtischen Grundstücke an gemeinnützige Wohnbauträger festgelegt. Vorgesehen sind auch Vorgaben zu Energiestandards für die Bebauung des entsprechenden Grundstückes, die entweder dem aktuellen Gebäudestandard (Energie / Umwelt für öffentliche Bauten) von Energiestadt oder weitergehenden Anforderungen entsprechen (z. B. Zertifikat 2000-Watt-Areal). Der Stadtrat vertritt klar die Meinung, dass es unverhältnismässig und sachlogisch fraglich ist, die Abgabe eines städtischen Grundstücks an Forderungen zu knüpfen, die das gesamte Immobilienportfolio betreffen.

7. Postulat 135 (2012/2016), Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion vom 13. November 2013 (teilweise überwiesen am 28. November 2013):
Parkplatzkompromiss im Hirschmattquartier

Wie in der Antwort auf die Dringliche Interpellation 27 (2016/2020) „Hält der Stadtrat seine Versprechen für die abgebauten Parkplätze im Hirschmattquartier?“ ausgeführt, steht die Stadt Luzern insbesondere mit der Eigentümerschaft des Parkhauses Hirzenmatt und den Investoren des Neubauprojekts am Bundesplatz Süd in einem Austausch. Beim Parkhaus Hirzenmatt wurden seitens Stadt die Rahmenbedingungen für die Bewilligung der Erweiterung um bis zu 35 Parkplätze geschaffen. Die Umsetzung obliegt jedoch der Eigentümerschaft. Beim Bundesplatz Süd begleitete die Stadt den Projektwettbewerb. Dieser ergab, dass gemäss heutigem Planungsstand zirka 60 öffentliche Parkplätze gebaut werden könnten. Die städtischen Stellen begleiten auch die weiteren Arbeiten zur Unterstützung der Bauherrschaft. Damit hat sich die Stadt Luzern im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die Kompensation der Parkplätze eingesetzt.

8. Postulat 195 (2012/2016), Laura Kopp und Myriam Barsuglia namens der GLP-Fraktion vom 19. Mai 2014 (überwiesen am 23. Oktober 2014):
Chancen des Wandels nutzen – für eine optimierte und kundennahe Stadtverwaltung

Der Stadtrat hat mit B+A 29/2016 „Reorganisation der Stadtverwaltung“ eine Überprüfung vorgenommen. Der Grosse Stadtrat hat an seiner Sitzung vom 16. Februar 2017 den B+A beschlossen. Die verbundene Überprüfung hat somit stattgefunden.

9. Postulat 203 (2012/2016), Peter With und Joseph Schärli namens der SVP-Fraktion vom 4. Juni 2014 (teilweise überwiesen am 26. Juni 2014):
Für eine nachhaltige Steuerpolitik

Das verlangte Entlastungspaket wurde umgesetzt. Eine Steuererhöhung ist auf absehbare Zeit nicht nötig.

10. Postulat 212 (2012/2016), András Özvegyi namens der GLP-Fraktion vom 20. August 2014 (überwiesen am 25. September 2014):
Spange Nord: Bericht zur nachhaltigen Entwicklung

Projektverfasser der Spange Nord ist der Kanton Luzern. Die Stadt Luzern hat im Rahmen ihrer Stellungnahme zum optimierten Vorprojekt im Januar 2017 ihre Haltung der früheren Stellungnahmen bekräftigt und dahingehend verstärkt, dass für die Stadt Luzern der Bau der Spange Nord nur dann möglich sei, wenn dieser quartierverträglich erfolgen könne. Auch die Beurteilung des Projektes nach den drei Nachhaltigkeitsdimensionen wurde erneut nachdrücklich gefordert. Die Botschaft ist beim Kanton angekommen.

11. Volksmotion 219 (2012/2016), Marc Germann und Mitunterzeichner/innen namens der Volksmotionärinnen und Volksmotionäre vom 9. September 2014 (als Postulat überwiesen am 11. Juni 2015):
Keine Quartierzerstörung durch die „Spange Nord“

Projektverfasser der Spange Nord ist der Kanton Luzern. Die Stadt Luzern hat im Rahmen ihrer Stellungnahme zum optimierten Vorprojekt im Januar 2017 ihre Haltung der früheren Stellungnahmen bekräftigt und dahingehend verstärkt, dass für die Stadt Luzern der Bau der Spange Nord nur dann möglich sei, wenn dieser quartierverträglich erfolgen könne. Die Stadt Luzern hat in ihre Stellungnahme auch die Umfrageresultate bei den Quartiervereinen und die Anliegen des Postulates einfließen lassen.

12. Motion 221 (2012/2016), Urban Frye und Laurin Murer namens der G/JG-Fraktion vom 18. September 2014 (als Postulat überwiesen am 12. November 2015):

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Der Stadtrat hat mit Beschluss 679 vom 30. November 2016 die städtische Personalverordnung (PVo) per 1. Januar 2017 geändert. Mit dem angepassten Art. 12 Abs. 1 und 2 PVo werden die Forderungen der Motion (als Postulat überwiesen) umgesetzt:

Art. 12 Teilzeitarbeit

¹ Die zuständige Behörde entscheidet im Rahmen der Stellenprozenze gemäss Stellenplan, der ihr zugeteilten Räume und der zur Verfügung stehenden Einrichtungen bzw. Kredite, für welche Stellen Teilzeitarbeit gilt. Sie beachtet die Wünsche der Mitarbeitenden, die betrieblichen Möglichkeiten und die Bedürfnisse der Bevölkerung. Vorbehalten bleibt der Anspruch auf Teilzeitarbeit gemäss Art. 27b.

² Die Besetzung freier Stellen in Teilzeitarbeit sowie gegebenenfalls in Jobsharing ist bei jeder Vakanz zu prüfen. Ein Ausschluss von Teilzeitarbeit bereits bei der Ausschreibung bedarf der Zustimmung der zuständigen Direktionsleitung.

(Die bisherigen Abs. 2–4 werden neu zu Abs. 3–5.)

Im Weiteren fördert auch der neue Art. 27b PVo (Reduktion des Arbeitspensums nach der Geburt oder Adoption, neu) die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

13. Motion 222 (2012/2016), Urban Frye und Ali R. Celik namens der G/JG-Fraktion vom 18. September 2014 (als Postulat überwiesen am 12. November 2015):

Abgangsentschädigungen

Der Stadtrat hat mit Beschluss 679 vom 30. November 2016 die städtische Personalverordnung (PVo) per 1. Januar 2017 geändert. Im neuen Art. 39a (PVo) zur Abgangsentschädigung werden die Forderungen der Motion (als Postulat überwiesen) umgesetzt:

Art. 39a Abgangsentschädigung (neu)

¹ Wird eine Abgangsentschädigung gemäss Art. 33 PR zugesprochen, wird sie in der Regel wie folgt festgelegt:

- a. bis zum 45. Altersjahr: einen bis sechs Monatslöhne;
- b. vom 46. bis 50. Altersjahr: zwei bis neun Monatslöhne;
- c. ab dem 51. Altersjahr: drei bis zwölf Monatslöhne.

In besonderen Fällen kann auch vor dem 51. Altersjahr eine Abgangsentschädigung von bis zu zwölf Monatslöhnen gewährt werden. Ein Monatslohn entspricht einem Zwölftel der Jahresbesoldung.

² Die Ausrichtung einer Abgangsentschädigung wird in der Regel nicht ausgerichtet, wenn das Arbeitsverhältnis infolge Arbeitsunfähigkeit oder bei Erreichen der Altersgrenze 62 beendet wird.

14. Postulat 254 (2012/2016), Luzia Vetterli, Nico van der Heiden und Judith Dörflinger Muff namens der SP/JUSO-Fraktion vom 12. März 2015 (überwiesen am 12. November 2015):
Gesetzlicher Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung bei Elternschaft

Der Stadtrat hat mit Beschluss 679 vom 30. November 2016 die städtische Personalverordnung (PVo) per 1. Januar 2017 geändert. Im neuen Art. 27b PVo werden die Forderungen des Postulats umgesetzt:

Art. 27b *Reduktion des Arbeitspensums nach der Geburt oder Adoption (neu)*

¹ Mitarbeitende haben ab der Geburt ihres Kindes oder nach der Adoption eines Kindes Anspruch auf eine Reduktion des Arbeitspensums um höchstens 20 Prozent. Das Arbeitspensum darf dabei nicht unter 60 Prozent fallen. Vorbehalten bleibt eine Änderung des Arbeitspensums im gegenseitigen Einvernehmen.

² Der Anspruch auf Reduktion des Arbeitspensums ist innerhalb von 12 Monaten nach der Geburt oder der Adoption geltend zu machen.

³ Die Arbeit mit reduziertem Arbeitspensum beginnt spätestens am ersten Tag nach Ablauf der zwölfmonatigen Frist nach Abs. 2.

Im Weiteren fördert auch der ergänzte Art. 12 PVo (Teilzeitarbeit) das Anliegen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

15. Postulat 327 (2012/2016), Peter With namens der SVP-Fraktion und Markus Mächler namens der CVP-Fraktion vom 9. März 2016 (überwiesen am 21. April 2016):
Christliche Symbole in der Abdankungshalle Friedental

Am 25. Februar 2016 hat der Grosse Stadtrat einem Kredit für die Sanierung der Friedhofanlagen und der Teilrevision des Reglements über das Bestattungs- und Friedhofswesen zugestimmt. Mit dem Referendum gegen die Teilrevision des Reglements wollte ein Komitee verhindern, dass bei der Umgestaltung der Einsegnungs- und Abdankungshalle die christlichen Symbole entfernt werden. Am 25. September 2016 hat die Stadtluzerner Stimmbevölkerung die Reglementsrevision beschlossen und damit die bereits zuvor angestrebte flexible Lösung definitiv ermöglicht. Diese Lösung mit der Möglichkeit, die Symbole mittels Vorhang zu verbergen, wird seit März 2017 umgesetzt. Die Arbeiten dauern voraussichtlich noch bis Sommer 2017.

16. Postulat 328 (2012/2016), Simon Roth und Judith Dörflinger Muff namens der SP/JUSO-Fraktion, Fabian Reinhard und Sonja Döbeli Stirnemann namens der FDP-Fraktion, Korintha Bärtsch und Noëlle Bucher namens der G/JG-Fraktion sowie Jules Gut und Stefan Sägesser namens der GLP-Fraktion vom 10. März 2016 (überwiesen am 21. April 2016):

Christliche Symbole in der Abdankungshalle nicht mit Gipsplatten abdecken

Am 25. Februar 2016 hat der Grosse Stadtrat einem Kredit für die Sanierung der Friedhofsanlagen und der Teilrevision des Reglements über das Bestattungs- und Friedhofswesen zugestimmt. Mit dem Referendum gegen die Teilrevision des Reglements wollte ein Komitee verhindern, dass bei der Umgestaltung der Einsegnungs- und Abdankungshalle die christlichen Symbole entfernt werden. Am 25. September 2016 hat die Stadtluzerner Stimmbevölkerung die Reglementsrevision beschlossen und damit die bereits zuvor angestrebte flexible Lösung definitiv ermöglicht. Diese Lösung mit der Möglichkeit, die Symbole mittels Vorhang zu verbergen, wird seit März 2017 umgesetzt. Die Arbeiten dauern voraussichtlich noch bis Sommer 2017.

17. Postulat 28 (2016/2020), Christian Hochstrasser und Laurin Murer namens der G/JG-Fraktion, Jules Gut namens der GLP-Fraktion sowie Nico van der Heiden und Mario Stübi namens der SP/JUSO-Fraktion vom 5. Dezember 2016 (überwiesen am 15. Dezember 2016):

Auf Umzonung und Baurecht für das Parkhaus Musegg verzichten

Der Stadtrat hat – gestützt auf das überwiesene Postulat und die damit klar verbundene politische Forderung einer Mehrheit des Parlaments in der Ratssitzung vom 15. Dezember 2016 – die Zusammenarbeit mit der Musegg Parking AG per Anfang Februar 2017 beendet. Die Zusammenarbeitsvereinbarung mit der Musegg Parking AG vom 21. Oktober 2015 wird mit der Forderung des Parlaments aus Sicht des Stadtrates gegenstandslos.

18. Postulat 46 (2016/2020), Fabian Reinhard und Sonja Döbeli Stirnemann namens der FDP-Fraktion, Mirjam Fries und Roger Sonderegger namens der CVP-Fraktion sowie Peter With und Urs Zimmermann namens der SVP-Fraktion vom 3. Februar 2017 (überwiesen am 16. Februar 2017):

Studie zum Parking Musegg öffentlich machen

Die Studie „Konzept Car-Parkierung Stadt Luzern, Analyse und Massnahmenvorschläge“ wurde mit dem Bericht 2/2017 vom 8. Februar 2017: „Carparkierung Stadt Luzern“ öffentlich gemacht. Die Medien wurden am 6. März 2017 darüber informiert. Vom Bericht hat der Grosse Stadtrat an seiner Ratssitzung vom 6. April 2017 Kenntnis genommen. Die Forderung des Postulates ist somit erfüllt.

II. Verlängerung der Erledigungsfrist

1. Verlängerung um ein weiteres, zweites Jahr

Für die folgenden Vorstösse wurde durch die GPK bereits eine Verlängerung der Erledigungsfrist um ein Jahr bewilligt. Der Stadtrat stellt für diese Vorstösse einen Verlängerungsantrag um ein weiteres, zweites Jahr. Zuständig dafür ist der Grosse Stadtrat (Art. 55i Abs. 2 lit. b Geschäftsreglement).

1. Postulat 107 (2012/2016), Nico van der Heiden und Judith Dörflinger Muff namens der SP/JUSO-Fraktion, Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion sowie Laura Kopp namens der GLP-Fraktion vom 6. August 2013 (teilweise überwiesen am 17. April 2014):

Eine grüne Welle für Velofahrende

Die Lichtsignalanlagen der Stadt Luzern sind heute auf minimale Verlustzeiten für den öffentlichen Verkehr ausgerichtet. Da Velofahrende und Busse oft eine ähnliche Reisegeschwindigkeit aufweisen, profitieren auch Velofahrende auf gewissen Abschnitten davon (z. B. Haldenstrasse–Seebrücke–Zentralstrasse). Seit der Stellungnahme zum Postulat sind für Velofahrende zahlreiche Verbesserungen an Lichtsignalanlagen vorgenommen worden; z. B. Vorstart Zentralstrasse/Bahnhofplatz, Haldenstrasse/Luzernerhof und Löwenplatz/Alpenstrasse; Massnahmen beim Schlossberg, Rechtsabbieger Gibraltarstrasse und Langensandbrücke/Fruttstrasse.

Eine erneute Prüfung des Anliegens erfolgt nach der Umsetzung des GVK im Rahmen des entsprechenden Monitorings. Bei Zielkonflikten kommt dem Bus aber nach wie vor erste Priorität zu.

2. Motion 124 (2012/2016), Rieska Dommann und Jules Gut (Letzterer namens der GLP-Fraktion) vom 21. Oktober 2013 (überwiesen am 17. April 2014):

Mehr Transparenz bei der Energieeffizienz städtischer Liegenschaften

Gemäss StB 400 vom 17. Juni 2015 erfolgt die GEAK-Erarbeitung bei Liegenschaften im Finanz- und im Verwaltungsvermögen in den Jahren 2016–2019.

3. Postulat 131 (2012/2016), Judith Dörflinger Muff namens der SP/JUSO-Fraktion vom 11. November 2013 (überwiesen am 15. Mai 2014):
Sanierung Schulhaus und Aussenanlage Moosmatt

Die Neugestaltung der Aussenanlage Moosmatt ist mit der anstehenden Sanierung Schulanlage ab 2019/2020 vorgesehen. Mit dem Start der Projektierung Sanierung Schulanlage werden die Umgestaltung der Aussenanlage aktualisiert und die Massnahmen für ein Baugesuchsverfahren eingeleitet.

Eine frühere Durchführung der Sanierung der Schulanlage Moosmatt und damit auch die Realisierung der Neugestaltung der Aussenanlage sind aufgrund der Investitionsplanung nicht möglich.

4. Postulat 132 (2012/2016), Ali R. Celik, Christian Hochstrasser und Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion vom 11. November 2013 (überwiesen am 20. Februar 2014):
Bessere Transparenz beim politischen Controlling bei stadteigenen Unternehmen

Das Postulat wird mit dem Bericht und Antrag „Public Corporate Governance“ behandelt. Der B+A wird dem Grossen Stadtrat voraussichtlich im Frühling 2018 vorgelegt werden können.

5. Postulat 134 (2012/2016), Franziska Bitzi Staub namens der CVP-Fraktion und Sonja Döbeli Stirnemann namens der FDP-Fraktion vom 13. November 2013 (überwiesen am 5. Juni 2014):
Solaranlagen vor extensiver Begrünung

Gemäss der Stellungnahme zum Postulat soll das Begehren im Rahmen der geplanten Zusammenführung der Bau- und Zonenordnungen (BZO) der Stadtteile Luzern und Littau geprüft werden. Das entsprechende Projekt wurde gestartet. Der B+A wird dem Grossen Stadtrat frühestens im Jahr 2020 zum Beschluss vorgelegt werden können.

2. Verlängerung um ein weiteres, drittes Jahr

Für die folgenden Vorstösse wurde nach der GPK durch den Grossen Stadtrat bereits eine Verlängerung der Erledigungsfrist um ein Jahr bewilligt. Der Stadtrat stellt für diese Vorstösse einen Verlängerungsantrag um ein weiteres, drittes Jahr.

1. Motion 326 (2010/2012), Dominik Durrer, Marcel Budmiger und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion und Monika Senn Berger namens der G/JG-Fraktion vom 17. April 2012 (als Postulat überwiesen am 28. März 2013):

Konkrete Umsetzung der nachhaltigen städtischen Mobilität im Parkplatzreglement

Die Überarbeitung des Parkplatzreglements erfolgt auf der Basis der Ergebnisse des Grundkonzeptes Parkierung, welches zurzeit in Erarbeitung ist.

2. Motion 42 (2012/2016), Sandra Felder-Estermann, Hugo P. Stadelmann und Reto Kessler namens der FDP-Fraktion vom 13. Februar 2013 (als Postulat überwiesen am 28. März 2013):

Die Gewerbetreibenden im Ibach und den Strassenstrich besser schützen

Das Beratungsprojekt „hotspot“ des Vereins LISA ist bis und mit 2017 mittels Finanzierungsschlüssel zwischen Stadt und Kanton gesichert. Der Verein LISA ist zurzeit an der Ausarbeitung einer Anschlusslösung.

3. Verlängerung um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr

Für die folgenden Vorstösse wurde durch den Grossen Stadtrat bereits eine Verlängerung der Erledigungsfrist um zwei oder mehrere Jahre bewilligt. Der Stadtrat stellt für diese Vorstösse einen Verlängerungsantrag um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr.

1. Postulat 200 (2000/2004), Beat Züsli und Lotti Marti-Schindler namens der SP-Fraktion und Cony Grünenfelder und Peter Muheim namens der GB-Fraktion vom 15. April 2002 (überwiesen am 30. Januar 2003):

Quartierentwicklung im Gebiet der Industriestrasse

Im Gebiet Industriestrasse sind aktuell sehr viele Entwicklungen im Gange. Das Areal Brünighof ist bereits im Bau. Für das Areal Industriestrasse wurden in einem partizipativen Prozess die Abgabemodalitäten ermittelt. Aktuell laufen Abklärungen zur Entwicklung des ewl-Stammareals.

2. Postulat 320 (2000/2004), Christa Stocker Odermatt namens der GB-Fraktion vom 29. September 2003 (überwiesen am 6. Mai 2004):

Neugestaltung des St. Karli-Quais prüfen

Das Anliegen des Postulates erhält Rückenwind durch die Bestrebungen zur Attraktivierung der Innenstadt und das Projekt „Öffentlicher Raum“, welche sich für eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität einsetzen. Ein Zeitpunkt für die Realisierung lässt sich heute noch nicht abschätzen.

3. Motion 435 (2004/2009), Sonja Döbeli Stirnemann und Laura Grüter Bachmann namens der FDP-Fraktion vom 8. September 2008 (überwiesen am 4. Juni 2009):

Linkes Seeufer: Von der Schmutzdecke zur Uferpromenade

Mit dem B+A 3/2017 vom 8. Februar 2017: „Entwicklungskonzept für das linke Seeufer und das Gebiet Tribtschen. Planungskredit“ liegt dem Grossen Stadtrat eine Kreditvorlage vor, welche die Basis für die in der Motion geforderten Planungs- und Aufwertungsschritte bietet. Eine Abschreibung erfolgt nach Vorliegen des Entwicklungskonzeptes.

4. Volksmotion 111 (2010/2012), Kurt Furrer und Mitunterzeichner/innen vom 13. September 2010 (als Postulat überwiesen am 24. März 2011):

400'000'000 Franken für die Autobahn, 0 Franken für die Fusswege

Die Umsetzung des Anliegens ist noch ausstehend. Abklärungen für eine einfache Wegverbindung am rechten Reussufer sind im Verlauf des Jahres 2017 vorgesehen. Dazu haben erste Gespräche mit Planern und einzelnen Anstössern stattgefunden.

5. Motion 225 (2010/2012), András Özvegyi namens der GLP-Fraktion vom 3. August 2011 (als Postulat überwiesen am 8. März 2012):

Tempo 30 – für mehr Sicherheit und flüssigen Verkehr

Im Bericht zum Gesamtverkehrskonzept wird aufgezeigt, wie der Verkehrsfluss in der Stadt Luzern verbessert werden kann. Die Einführung von Tempo 30 auf den städtischen Kantonsstrassen gehört nicht zum Massnahmenbündel, welches gemeinsam mit den Projektpartnern – Kanton Luzern, Verkehrsverbund Luzern und LuzernPlus – vorgeschlagen wird und in den nächsten zwei Jahren umgesetzt werden soll. Die Thematik von Tempo 30 auf Kantonsstrassen wird zurzeit aufgrund eines Urteils des Bundesgerichts auf nationaler Ebene und im Nachgang des Pilotprojekts in Rothenburg auf kantonaler Ebene diskutiert. Der Stadtrat verfolgt diese Entwicklungen mit Interesse und wird mit dem Kanton das Gespräch betreffend Tempo 30 auf Kantonsstrassen weiterführen.

6. Postulat 248 (2010/2012), Theres Vinatzer und Melanie Setz namens der SP/JUSO-Fraktion vom 7. November 2011 (überwiesen am 14. Juni 2012):

Entlastungsangebot für pflegende Angehörige

Die Anliegen des Postulats werden im Rahmen des geplanten B+A „Planungsbericht Pflegefinanzierung“ behandelt. Der B+A wird voraussichtlich Anfang 2018 dem Parlament vorgelegt (vgl. auch Motion 148 2012/2016 und Postulat 256 2010/2012).

7. Postulat 256 (2010/2012), Theres Vinatzer und Melanie Setz namens der SP/JUSO-Fraktion vom 1. Dezember 2011 (teilweise überwiesen am 28. Juni 2012):

Mediterrane Pflegewohngruppe in den städtischen Betagtenzentren oder Pflegewohnungen

Die Anliegen des Postulats werden im Rahmen des geplanten B+A „Planungsbericht Pflegefinanzierung“ behandelt. Der B+A wird voraussichtlich Anfang 2018 dem Parlament vorgelegt (vgl. auch Motion 148 2012/2016 und Postulat 248 2010/2012).

8. Postulat 264 (2010/2012), Markus Mächler und Verena Zellweger-Heggli namens der CVP-Fraktion, Philipp Federer und Edith Lanfranconi-Laube namens der G/JG-Fraktion, Luzia Mumenthaler-Stofer und Dominik Durrer namens der SP/JUSO-Fraktion, Marcel Lingg namens der SVP-Fraktion und René Baumann vom 13. Dezember 2011 (überwiesen am 24. Mai 2012):

Die MZH Allmend kann nicht ersatzlos abgebrochen werden!

Der Grosse Stadtrat hat am 16. Februar 2017 das Postulat 352 (2012/2016) vom 27. Juni 2016: „Die MZH Allmend muss dringend geflickt werden!“ überwiesen, mit dem eine Sanierung der Anlage gefordert wird. Diese wird zurzeit konkret geprüft – entsprechende Beschlüsse sind in Vorbereitung.

9. Postulat 333 (2010/2012), Monika Senn Berger und Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion, Manuela Jost namens der GLP-Fraktion, Luzia Vetterli und Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Franziska Bitzi Staub, Albert Schwarzenbach und Laura Grüter Bachmann vom 1. Mai 2012 (überwiesen am 24. Mai 2012):

Flankierende Massnahmen zum Reglement Strassenstrich

Das Hauptanliegen des Postulats – die Beratung von Strassensexarbeitenden vor Ort – wird mit dem Projekt „hotspot“ umgesetzt, das vom Verein LISA (Luzerner Verein für die Interessen der Sexarbeitenden) getragen wird. Kanton und Stadt Luzern haben mit zusätzlichen Beiträgen die Fortführung des Angebots bis Ende 2017 gesichert. Der Verein LISA hat beim Zweckverband für institutionelle Sozialhilfe und Gesundheitsförderung (ZiSG) ein Beitragsgesuch für die dauerhafte Finanzierung des Angebots ab 2018 eingereicht. Die ZiSG-Verbandsleitung berät zurzeit das Anliegen. Über einen allfälligen Antrag an die Delegiertenversammlung würde im Juni 2017 entschieden.

III. Antrag

Unter Hinweis auf die Begründungen beantragt Ihnen der Stadtrat, die Motionen und Postulate unter I., Ziffern 1–18, als erledigt abzuschreiben.

Gleichzeitig beantragt er Ihnen, die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate unter II. 1., Ziffern 1–5, um ein weiteres, zweites Jahr zu verlängern;

II. 2., Ziffern 1 und 2, um ein weiteres, drittes Jahr zu verlängern;

II. 3., Ziffern 1–9, um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr zu verlängern.

Luzern, 10. Mai 2017



Beat Züsli
Stadtpräsident



Toni Göpfert
Stadtschreiber



Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 15 vom 10. Mai 2017 betreffend

Abschreibung von Motionen und Postulaten,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 55i Abs. 2 lit. b und Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. Die Motionen und Postulate gemäss I., Ziffern 1–18, werden abgeschrieben.
- II. Die Erledigungsfrist der Motion und der Postulate gemäss II. 1., Ziffern 1–5, wird um ein weiteres, zweites Jahr verlängert.
- III. Die Erledigungsfrist der Motionen gemäss II. 2., Ziffern 1 und 2, wird um ein weiteres, drittes Jahr verlängert.
- IV. Die Erledigungsfrist der Motionen und der Postulate gemäss II. 3., Ziffern 1–9, wird um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr verlängert.

Definitiver Beschluss des Grossen Stadtrates von Luzern,
(unter Berücksichtigung der im Grossen Stadtrat beschlossenen Änderungen)

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 15 vom 10. Mai 2017 betreffend

Abschreibung von Motionen und Postulaten,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 55i Abs. 2 lit. b und Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. Die Motionen und Postulate gemäss I., Ziffern 1–5, 8 und 9, 12–18, werden abgeschrieben.
- II. Die Erledigungsfrist der Motion und der Postulate gemäss II. 1., Ziffern 1–5, wird um ein weiteres, zweites Jahr verlängert.
- III. Die Erledigungsfrist der Motionen gemäss II. 2., Ziffern 1 und 2, wird um ein weiteres, drittes Jahr verlängert.
- IV. Die Erledigungsfrist der Motionen und der Postulate gemäss II. 3., Ziffern 1–9, wird um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr verlängert.

Luzern, 29. Juni 2017

Namens des Grossen Stadtrates von Luzern



Katharina Hubacher
Ratspräsidentin



Toni Göpfert
Stadtschreiber



Anhang 1

Für die folgenden Vorstösse stellt der Stadtrat gemäss Art. 55i Abs. 2 lit. a des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates der Geschäftsprüfungskommission einen begründeten Antrag, die Erledigungsfrist um ein Jahr zu verlängern. Es handelt sich dabei um Vorstösse, deren Frist zwischen dem 1. Januar und dem 30. Juni 2017 abläuft.

1. Motion 148 (2012/2016), Theres Vinatzer, Melanie Setz Isenegger und Max Bühler namens der SP/JUSO-Fraktion vom 8. Januar 2014 (überwiesen am 5. März 2015):

Planungsbericht ambulante, teilstationäre und stationäre Pflegeversorgung

Aufgrund personeller Engpässe konnte der Planungsbericht nicht wie vorgesehen im zweiten Halbjahr 2016 erarbeitet werden. Inzwischen arbeitet der Kanton Luzern an einer neuen Versorgungsplanung für die Langzeitpflege. Diese für den Planungsbericht wichtigen Ergebnisse werden Mitte 2017 erwartet. Dadurch verzögert sich die Erarbeitung des Planungsberichts, und er sollte Anfang 2018 dem Parlament vorgelegt werden können.

2. Postulat 232 (2012/2016), Rieska Dommann und Laura Grüter Bachmann namens der FDP-Fraktion vom 3. November 2014 (überwiesen am 21. Mai 2015):

Schulhaus Schädprüti – Chancen nutzen

Die Machbarkeitsstudie der IMMO hat gezeigt, dass Wohnungen mit Dienstleistungen für Ältere grundsätzlich im Umbau mit Erweiterungen möglich sind. Die SOD führt nun eine Nutzungsstudie durch, anhand welcher die bisherigen Erkenntnisse vertieft werden können.

3. Postulat 235 (2012/2016), Urban Frye und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion vom 13. November 2014 (überwiesen am 21. Mai 2015):

Offenlegung der Vergütungen, strikte personelle Trennung von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung sowie konsequente Ausschreibung von Verwaltungsratsmandaten bei Gesellschaften, die im Besitze der Stadt Luzern sind oder an denen die Stadt Luzern beteiligt ist

Das Postulat wird mit dem Bericht und Antrag „Public Corporate Governance“ behandelt. Der B+A wird dem Grossen Stadtrat voraussichtlich im Frühling 2018 vorgelegt werden können.

4. Beschlussantrag 242 (2012/2016), Christian Hochstrasser, Laura Kopp, Ali R. Celik, Jules Gut, Stefan Sägesser, Urban Frye und Laurin Murer, vom 29. Dezember 2014 (teilweise überwiesen am 21. Mai 2015):

Neuordnung der Kommissionen des Grossen Stadtrates

Eine erste Diskussion betreffend Neuordnung der Kommissionen des Grossen Stadtrates nach der Reorganisation der Stadtverwaltung wurde an der Geschäftsleitungssitzung vom 16. Februar 2017 geführt. Eine weitere, ausführliche Diskussion ist an der nächsten Geschäftsleitungssitzung des Grossen Stadtrates vom 11. Mai traktandiert.

5. Postulat 259 (2012/2016), Simon Roth und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion vom 24. März 2015 (überwiesen am 21. Mai 2015):

Einführung Kaderlohnreporting

Die Angaben zu den Vergütungen von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung der Gesellschaften von höchster Bedeutung im Alleinbesitz der Stadt Luzern werden seit dem Geschäftsjahr 2015 offengelegt. Die weiteren Anliegen werden im Rahmen der Überprüfung der Public Corporate Governance geprüft. Es sollen noch mehr Erfahrungen gesammelt werden. Die gewünschten Zahlen der Verwaltungsräte liegen noch nicht vor.

Anhang 2

Folgende Vorstösse werden separat mit einem Bericht und Antrag zur Abschreibung beantragt:

1. Postulat 277 (2004/2009), Edith Lanfranconi-Laube namens der G/JG-Fraktion vom 3. Mai 2007 (überwiesen am 24. Januar 2008):

Stadtmuseum im Am-Rhyn-Haus

Das Postulat wird mit dem Bericht und Antrag 5/2017 vom 15. Februar 2017: „Neunutzung und Gesamtsanierung Am-Rhyn-Haus“ zur Abschreibung beantragt. Der B+A ist an der Ratssitzung vom 11. Mai 2017 traktandiert.

2. Postulat 347 (2004/2009), Rolf Hilber namens der CVP-Fraktion vom 10. Dezember 2007 (überwiesen am 24. Januar 2008):

Frisches Leben in alten Räumen

Das Postulat wird mit dem Bericht und Antrag 5/2017 vom 15. Februar 2017: „Neunutzung und Gesamtsanierung Am-Rhyn-Haus“ zur Abschreibung beantragt. Der B+A ist an der Ratssitzung vom 11. Mai 2017 traktandiert.

3. Postulat 57 (2012/2016), Martina Akermann namens der SP/JUSO-Fraktion, Myriam Barsuglia namens der GLP-Fraktion, Monika Senn Berger namens der G/JG-Fraktion sowie Mirjam Fries und Reto Derungs namens der CVP-Fraktion vom 3. April 2013 (überwiesen am 24. Oktober 2013):

Differenziertere Gebühren für die Musikschule

Das Postulat wird mit dem Bericht und Antrag 8/2017 vom 15. März 2017: „Schulgeldermässigungen für den Besuch der Musikschule: Anpassung der Ermässigungsstufen“ zur Abschreibung beantragt. Der B+A ist an der Ratssitzung vom 11. Mai 2017 traktandiert.

4. Postulat 40 (2016/2020), Jules Gut und András Özvegyi namens der GLP-Fraktion vom 9. Januar 2017 (überwiesen am 16. Februar 2017):

Entwicklungsplanung auf dem ewl-Areal vorwärtsbringen

Das Postulat wird mit dem Bericht und Antrag 16/2017 vom 10. Mai 2017: „Planungsbericht Entwicklung ewl Areal“ zur Abschreibung beantragt. Der B+A wird voraussichtlich an der Ratssitzung vom 29. Juni 2017 behandelt.

Anhang 3

Anhang 3 enthält ein Postulat, bei welchem die Frist vom Grossen Stadtrat nicht verlängert wurde, und gibt Antwort über den Stand der Arbeiten.

Postulat 34 (2010/2012), Agatha Fausch Wespe namens der G/JG-Fraktion und Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion vom 9. März 2010 (überwiesen am 28. Oktober 2010):

Neuer Stadtplan für die fusionierte Stadt Luzern-Littau

Die Digitalisierung schreitet schnell voran, besonders im Zusammenhang mit Geo-Daten. So existieren bereits verschiedene private Angebote an digitalen Stadtplänen und Karten für die Stadt und die Region Luzern. Die Stadt Luzern hat zudem einen Pilot mit zwei Informationsstelen gestartet, die einen interaktiven digitalen Stadtplan als wichtige Informationsbasis für Einheimische und Gäste aufweisen. Platziert sind diese beiden Stelen zwischen Seebrücke und Kapellplatz sowie auf dem Bahnhofplatz. Sollte der Pilot als erfolgreich gewertet werden, werden auf weiteren Plätzen solche Stelen aufgestellt.

Das städtische Geoinformationszentrum hat zudem ein Projekt gestartet, die verschiedenen Bedürfnisse nach digitalen Karten zu koordinieren und für die Bevölkerung und Interessierte einen zukunftsorientierten digitalen Stadtplan inkl. Kartenportal mit städtisch raumrelevanten Themen zur Verfügung zu stellen. Dieses Portal ist responsiv für PC, Tablets und Smartphones. Es soll im Frühjahr 2018 zur Verfügung stehen.

Mit der rasanten Entwicklung der Stadt, baulich und im Informationssektor, ist es gegeben, dass gedruckte Karten bereits beim Erscheinen veraltet sind. Die digitale Entwicklung bringt die Chance, Karten und Pläne immer à jour zu halten und der Öffentlichkeit stets zur Verfügung zu stellen. Zudem bietet sie die Möglichkeit, themenbezogene, zeitlich aktuelle Karten und Pläne für den Anwendungsfall, zum Beispiel in der Volksschule, auszudrucken.

Der rasanten Digitalisierung und der Vision „Smart City“ entsprechend verfolgt der Stadtrat die digitale Aufbereitung von Geo-Daten und will die Mittel in diese Entwicklung investieren. Dem Anliegen der Postulantinnen kann mit dem adäquaten Ausdruck von Karten wie auch mit dem digitalen und responsiven Angebot entsprochen werden. Nach Einführung des neuen digitalen Kartenportals wird der Stadtrat dem Parlament beantragen, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Anhang 4

Für die folgenden Motionen und Postulate kann noch kein Abschreibungsantrag gestellt werden bzw. läuft die (allenfalls verlängerte) Erledigungsfrist gemäss Art. 55i Abs. 1 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates noch nicht ab:

1. Motion 142 (2000/2004), Cony Grünenfelder und Peter Muheim namens der GB-Fraktion vom 6. September 2001 (überwiesen am 21. November 2002):
Stadtreparatur am Pilatusplatz vorantreiben
2. Postulat 394 (2004/2009), Trudi Bissig-Kenel namens der FDP-Fraktion vom 21. April 2008 (überwiesen am 18. Dezember 2008):
Die Politik braucht Räume der Stadt
3. Postulat 409 (2004/2009), Dominik Durrer namens der SP-Fraktion, Pius Suter namens der CVP-Fraktion und Hans Stutz namens der G/JG-Fraktion vom 27. Mai 2008 (überwiesen am 18. Dezember 2008):
Sperrung der Bahnhofstrasse beim Luzerner Theater zur attraktiven Durchführung des Wochenmarktes am Dienstag
4. Motion 461 (2004/2009), Christoph Brun und Claudia Portmann-de Simoni namens der FDP-Fraktion vom 1. Dezember 2008 (als Postulat überwiesen am 17. Dezember 2009):
Chancen ausnützen: Areal altes Hallenbad umnutzen!
5. Motion 93 (2010/2012), Manuela Jost namens der GLP-Fraktion vom 29. Juli 2010 (überwiesen am 27. Oktober 2011):
Erhöhung der Luzerner Wertschöpfung durch Cleantech
6. Postulat 139 (2010/2012), Luzia Mumenthaler-Stofer namens der SP/JUSO-Fraktion vom 14. Januar 2011 (teilweise überwiesen am 22. September 2011):
S-Bahn-Haltestelle Schiff, Reussbühl
7. Postulat 155 (2010/2012), Markus Helfenstein namens der CVP-Fraktion vom 22. Februar 2011 (überwiesen am 27. Oktober 2011):
Zufahrt Mercedes-Servicecenter Unterwilrain, Stadtteil Littau
8. Postulat 159 (2010/2012), Daniel Wettstein namens der FDP-Fraktion und Verena Zellweger-Heggli namens der CVP-Fraktion vom 23. Februar 2011 (teilweise überwiesen am 27. Oktober 2011):
Zusatzleistungen für Härtefälle in der Spitex-Beteiligung
9. Postulat 168 (2010/2012), Jules Gut namens der GLP-Fraktion vom 8. März 2011 (teilweise überwiesen am 27. Oktober 2011):
Zukunft Kantonsspital – Spitalstrasse als Langsamverkehrsachse

10. Postulat 199 (2010/2012), Andrea Mathys-Imhof namens der CVP-Fraktion und Luzia Mumenthaler-Stofer und Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion vom 18. Mai 2011 (überwiesen am 10. November 2011):
Quartierbus Reussbühl
11. Postulat 200 (2010/2012), Agnes Keller-Bucher namens der CVP-Fraktion vom 20. Mai 2011 (überwiesen am 1. Dezember 2011):
Erhöhtes Verkehrsaufkommen Littauerberg
12. Postulat 205 (2010/2012), Marcel Budmiger namens der SP/JUSO-Fraktion vom 3. Juni 2011 (überwiesen am 1. Dezember 2011):
Ein Hauch Marzili für Luzern
13. Postulat 286 (2010/2012), Daniel Furrer und Nico van der Heiden namens der SP/JUSO-Fraktion vom 24. Januar 2012 (teilweise überwiesen am 27. September 2012):
CarSharing als wichtiger Bestandteil einer nachhaltigen, integrierten Verkehrspolitik
14. Postulat 301 (2010/2012), Nico van der Heiden, Melanie Setz und Dominik Durrer namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Christian Hochstrasser und Ali R. Celik namens der G/JG-Fraktion vom 5. März 2012 (überwiesen am 27. September 2012):
Mehr Veloabstellplätze an der Bahnhofstrasse
15. Postulat 330 (2010/2012), Jules Gut namens der GLP-Fraktion vom 25. April 2012 (überwiesen am 25. Oktober 2012):
Neue Erschliessung Kantonsspital Luzern
16. Motion 32 (2012/2016), Franziska Bitzi Staub namens der CVP-Fraktion vom 10. Januar 2013 (überwiesen am 28. November 2013):
Die Stadt braucht eine neue Schuldenbremse
17. Motion 44 (2012/2016), Daniel Furrer und Dominik Durrer namens der SP/JUSO-Fraktion vom 25. Februar 2013 (als Postulat überwiesen am 24. Oktober 2013):
Höhere Flexibilität beim Erwerb von Grundstücken
18. Postulat 60 (2012/2016), Max Bühler und Nico van der Heiden namens der SP/JUSO-Fraktion, Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion sowie Laura Kopp und András Özvegyi vom 8. April 2013 (überwiesen am 26. September 2013):
Kein Gratis-Parken für Motorräder und Motorroller mehr im Stadtzentrum – für eine nachhaltige städtische Mobilität
19. Motion 97 (2012/2016), Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion und Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion vom 5. Juli 2013 (teilweise überwiesen am 25. September 2014):
Aktuelle Bilanz der Fusion Littau-Luzern

20. Motion 137 (2012/2016), Franziska Bitzi Staub namens der CVP-Fraktion und Daniel Wettstein namens der FDP-Fraktion vom 14. November 2013 (als Postulat überwiesen am 27. November 2014):
Errichtung eines Landkreditkontos für die Stadt Luzern
21. Postulat 147 (2012/2016), Markus Mächler namens der CVP-Fraktion vom 7. Januar 2014 (überwiesen am 4. September 2014):
Für ein aktuelles Parkierungskonzept der Stadt Luzern
22. Postulat 149 (2012/2016), Myriam Barsuglia und Laura Kopp namens der GLP-Fraktion vom 10. Januar 2014 (überwiesen am 4. September 2014):
Mobilitätsmanagement in Betrieben für eine nachhaltige städtische Mobilität
23. Postulat 156 (2012/2016), Nico van der Heiden und Max Bühler namens der SP/JUSO-Fraktion, Christian Hochstrasser und Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, Myriam Barsuglia namens der GLP-Fraktion sowie Franziska Bitzi Staub namens der CVP-Fraktion vom 11. Februar 2014 (teilweise überwiesen am 25. September 2014):
Gute private Veloparkplätze braucht die Stadt
24. Postulat 158 (2012/2016), Theres Vinatzer, Laura Grüter Bachmann, Melanie Setz Isenegger, Hugo P. Stadelmann, Laura Kopp, Agnes Keller-Bucher, Jörg Krähenbühl, Ali R. Celik und Max Bühler namens der Sozialkommission vom 17. Februar 2014 (überwiesen am 23. Oktober 2014):
Nutzbarmachung der Zahlen aus dem Sozialbericht des Kantons Luzern 2013 für die Stadt Luzern
25. Postulat 188 (2012/2016), Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion vom 2. Mai 2014 (überwiesen am 23. Oktober 2014):
Buspriorisierung Spitalstrasse rasch realisieren
26. Postulat 191 (2012/2016), Nico van der Heiden und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Christian Hochstrasser und Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion vom 6. Mai 2014 (teilweise überwiesen am 13. November 2014):
Busbevorzugung an der Hirschmattstrasse
27. Motion 220 (2012/2016), Urban Frye und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion vom 18. September 2014 (als Postulat überwiesen am 24. September 2015):
Corporate Governance im Personalreglement klar verankern

28. Postulat 231 (2012/2016), Theres Vinatzer und Luzia Vetterli namens der SP/JUSO-Fraktion, Laura Kopp und Stefan Sägesser namens der GLP-Fraktion, Korintha Bärtsch und Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion sowie Franziska Bitzi Staub vom 3. November 2014 (überwiesen am 13. November 2014):
Sicherheit im Ibach erhöhen
29. Bevölkerungsantrag 243 (2012/2016), Felix von Wartburg, Regula Eichhorn und Stefan Lüthi namens der Antragstellenden vom 5. Januar 2015 (als Postulat überwiesen am 24. September 2015):
Gegen die Verlosung von Marroniständen und -plätzen in der Stadt Luzern
30. Postulat 248 (2012/2016), Laura Kopp und Jules Gut namens der GLP-Fraktion vom 2. Februar 2015 (überwiesen am 24. September 2015):
Verbesserte Kostentransparenz bei Motionen und Vorstössen
31. Postulat 249 (2012/2016), Urban Frye vom 2. März 2015 (überwiesen am 24. September 2015):
Auflistung der Empfänger mit den jeweiligen Beiträgen der im Geschäftsbericht und in der Jahresrechnung unter der Rubrik „Beiträge Volkswirtschaft“ aufgeführten Beiträge
32. Postulat 250 (2012/2016), Michael Zeier-Rast namens der CVP-Fraktion vom 3. März 2015 (überwiesen am 24. September 2015):
Bushaltestellen überprüfen und verbessern
33. Motion 258 (2012/2016), Daniel Furrer und Simon Roth namens der SP/JUSO-Fraktion vom 23. März 2015 (überwiesen am 12. November 2015):
Mehr Transparenz bei externen Fachkräften/Beratern in der Stadtverwaltung
34. Postulat 261 (2012/2016), Noëlle Bucher und Laurin Murer namens der G/JG-Fraktion vom 7. April 2015 (teilweise überwiesen am 12. November 2015):
Massnahmen zur Steigerung der Stimm- und Wahlbeteiligung in der Stadt Luzern
35. Postulat 268 (2012/2016), Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion vom 20. Mai 2015 (überwiesen am 26. November 2015):
Strom und gleichzeitig Geld sparen
36. Postulat 278 (2012/2016), Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion und Max Bühler namens der SP/JUSO-Fraktion vom 23. Juni 2015 (überwiesen am 26. November 2015):
Keine leer stehenden städtischen Gebäude – kein Verzicht auf Mieteinnahmen

37. Motion 289 (2012/2016), Peter With namens der SVP-Fraktion, Simon Roth namens der SP/JUSO-Fraktion und Laurin Murer namens der G/JG-Fraktion vom 14. September 2015 (überwiesen am 22. Oktober 2015):
Plakatstandorte für Parteien vor Wahlen und Abstimmungen
38. Postulat 292 (2012/2016), Luzia Vetterli, Simon Roth und Nico van der Heiden namens der SP/JUSO-Fraktion vom 22. September 2015 (überwiesen am 21. April 2016):
Flüchtlingshilfe
39. Postulat 298 (2012/2016), Markus Mächler und Roger Sonderegger namens der CVP-Fraktion und Reto Kessler namens der FDP-Fraktion vom 9. November 2015 (überwiesen am 19. Mai 2016):
Für ein besseres Parkierungsregime in der Neustadt
40. Postulat 311 (2012/2016), Joseph Schärli und Peter With namens der SVP-Fraktion vom 25. Januar 2016 (überwiesen am 30. Juni 2016):
Verbesserung der ÖV-Anbindung Reussbühl
41. Postulat 314 (2012/2016), Noëlle Bucher und Ali R. Celik namens der G/JG-Fraktion sowie Theres Vinatzer und Simon Roth namens der SP/JUSO-Fraktion vom 3. Februar 2016 (teilweise überweisen am 27. Oktober 2016):
Faire Arbeitsbedingungen für das Personal in Kindertagesstätten
42. Postulat 326 (2012/2016), Simon Roth und Max Bühler namens der SP/JUSO-Fraktion vom 7. März 2016 (überwiesen am 9. Juni 2016):
Kauf Grundstück Rössligasse
43. Postulat 330 (2012/2016), Jules Gut und Stefan Sägesser namens der GLP-Fraktion vom 17. März 2016 (überwiesen am 21. April 2016):
Teilnahme am Pilotprojekt zum kontrollierten Verkauf von Cannabis
44. Postulat 331 (2012/2016), András Özvegyi und Jules Gut namens der GLP-Fraktion vom 22. März 2016 (teilweise überwiesen am 27. Oktober 2016):
Seebadi am linken Ufer
45. Motion 341 (2012/2016), Ali R. Celik und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion, Sonja Döbeli Stirnemann namens der FDP-Fraktion sowie Nico van der Heiden und Enver Candan namens der SP/JUSO-Fraktion vom 22. April 2016 (teilweise überwiesen am 6. April 2017):
Massnahmen zur Reduktion der Gefahrenstellen für den Veloverkehr
46. Postulat 345 (2012/2016), Mario Stübi und Esther Burri namens der SP/JUSO-Fraktion vom 17. Mai 2016 (überwiesen am 16. Februar 2017):
Keine unterirdische Unterbringung von Asylsuchenden

47. Postulat 351 (2012/2016), Katharina Hubacher und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion sowie Roger Sonderegger und Markus Mächler namens der CVP-Fraktion vom 20. Juni 2016 (überwiesen am 16. Februar 2017):
Bauen mit einheimischem Holz fördern
48. Postulat 352 (2012/2016), Markus Mächler und Mirjam Fries namens der CVP-Fraktion, Sandra Felder-Estermann namens der FDP-Fraktion, Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion, Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion sowie Marcel Lingg namens der SVP-Fraktion vom 27. Juni 2016 (überwiesen am 16. Februar 2017):
Die MZH Allmend muss dringend geflickt werden!
49. Postulat 354 (2012/2016), Luzia Vetterli namens der SP/JUSO-Fraktion und Noëlle Bucher namens der G/JG-Fraktion vom 18. Juli 2016 (überwiesen am 16. Februar 2017):
Stadtoasen: Innenhöfe begrünen und nutzen
50. Postulat 356 (2012/2016), Simon Roth namens der SP/JUSO-Fraktion, Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion und András Özvegyi namens der GLP-Fraktion vom 12. August 2016 (überwiesen am 16. Februar 2017):
Keine Übungsflüge über der Stadt Luzern
51. Postulat 6 (2016/2020), Laurin Murer und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion, Mario Stübi und Nico van der Heiden namens der SP/JUSO-Fraktion sowie András Özvegyi und Jules Gut namens der GLP-Fraktion vom 15. September 2016 (überwiesen am 6. April 2017):
Carparkierungskonzept ohne Parkhaus Musegg
52. Postulat 11 (2016/2020), Claudio Soldati, Cyrill Studer Korevaar und Luzia Vetterli namens der SP/JUSO-Fraktion vom 29. September 2016 (überwiesen am 6. April 2017):
Dank Offenlegung der Vormiete weniger Wohnungsnot und fairere Mietverhältnisse
53. Postulat 17 (2016/2020), Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion vom 27. Oktober 2016 (überwiesen am 6. April 2017):
Für eine gute Versorgung mit Postdienstleistungen in den Quartieren
54. Postulat 24 (2016/2020), Marco Müller und Noëlle Bucher namens der G/JG-Fraktion, Simon Roth und Enver Candan namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Laura Kopp und Stefan Sägesser namens der GLP-Fraktion vom 30. November 2016 (überwiesen am 15. Dezember 2016):
Proaktive Kommunikation betreffend Einbürgerung mit B- und F-Aufenthaltsbewilligung
55. Postulat 29 (2016/2020), Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, Simon Roth namens der SP/JUSO-Fraktion und Laura Grüter Bachmann vom 5. Dezember 2016 (überwiesen am 15. Dezember 2016):
Keine Erhöhung der Kampffjetbewegungen in Emmen

56. Motion 33 (2016/2020), Rieska Dommann und Laura Grüter Bachmann namens der FDP-Fraktion vom 21. Dezember 2016 (überwiesen am 6. April 2017):
Die Luzerner Kantonalbank muss in der Stadt bleiben können!
57. Postulat 42 (2016/2020), Stefan Sägesser namens der GLP-Fraktion sowie Roger Sonderegger und Thomas Schärli namens der CVP-Fraktion vom 19. Januar 2017 (überwiesen am 16. Februar 2017):
Tunnel Rosenberg als Voraussetzung für den Bau der Spange Nord
58. Postulat 44 (2016/2020), Daniel Furrer und Nico van der Heiden namens der SP/JUSO-Fraktion, Christian Hochstrasser und Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion sowie Jules Gut und Stefan Sägesser namens der GLP-Fraktion vom 25. Januar 2017 (teilweise überwiesen am 16. Februar 2017):
Gemeinnütziger Wohnungsbau auf dem ewl-Areal
59. Postulat 47 (2016/2020), Korintha Bärtsch und Laurin Murer namens der G/JG-Fraktion sowie Nico van der Heiden und Mario Stübi namens der SP/JUSO-Fraktion vom 13. Februar 2017 (überwiesen am 6. April 2017):
Kombinierte Bus-/Velospur Seebrücke–Schweizerhofquai rasch realisieren
60. Postulat 58 (2016/2020), Claudio Soldati und Gianluca Pardini namens der SP/JUSO-Fraktion, Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion, Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, Peter With namens der SVP-Fraktion sowie Stefan Sägesser vom 10. März 2017 (überwiesen am 6. April 2017):
Poststellen-Schliessungen – neue bundesrechtliche Gesetzgebung abwarten